



Presseinformation – 222/2/2011

22.02.2011
Seite 1 von 2

Landesregierung und Muslime erzielen Durchbruch auf dem Weg zum islamischen Religionsunterricht

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung teilt mit:

Schulministerin Sylvia Löhrmann und der Koordinierungsrat der Muslime haben heute in Düsseldorf offiziell Einvernehmen über eine Gemeinsame Erklärung zur Einführung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts erzielt. „Auf dem Weg zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts haben wir heute endlich nach jahrelangen Gesprächen den entscheidenden Durchbruch erzielt“, erklärte Ministerin Löhrmann.

In der Gemeinsamen Erklärung haben Schulministerium und Koordinierungsrat vereinbart, einen Beirat einzuberufen, der die religiösen Grundsätze der Muslime gegenüber dem Land formuliert und bei der Einrichtung und Durchführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts mitwirkt – so wie die Kirchen beim evangelischen und katholischen Religionsunterricht. Zur Umsetzung des Vorhabens ist eine Schulgesetzänderung erforderlich, die auch für die rechtliche Absicherung des Beiratsmodells sorgt.

Bei der Beiratslösung handelt es sich um eine zu befristende Übergangslösung, bis auf Seiten der Muslime die Anforderungen an eine Religionsgemeinschaft erfüllt sind. Die Mitglieder des Koordinierungsrates verstehen sich bereits als Religionsgemeinschaften. Die Landesregierung begrüßt die Bemühungen und die Entwicklung des Koordinierungsrates, die in den Rechtsstatus der Religionsgemeinschaft münden sollen.

Sylvia Löhrmann: „Die Gemeinsame Erklärung ist ein großer Erfolg für die 320.000 muslimischen Schülerinnen und Schüler in NRW, weil wir nun in absehbarer Zeit einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht einrichten können. Der Gesetzentwurf kann jetzt zeitnah

fertiggestellt werden. Ich würde es begrüßen, wenn er – in Anknüpfung an die interfraktionelle ‚Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen‘ vom 19. Juni 2001 – aus der Mitte des Parlaments in den Landtag eingebracht würde.“

Achtung Redaktionen: Die Gemeinsame Erklärung und ein Foto von der Unterzeichnung finden Sie im Internet unter:

<http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Meldungen/Pressemitteilungen/index.html>

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Telefon 0211 5867 3505 oder -3506.

Dieser Pressetext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.nrw.de>